

Ergebnisprotokoll

Sitzung Kommunalen Seniorenbeirat Weimar

Datum: 07.02.2018

Ort: Cafeteria der Stadtverwaltung Weimar, Schwanseestraße 17

anwesend: 13 Mitglieder und Stellvertreter sowie 4 Gäste (BM Peter Kleine; Jens Elschner, Kommunalen Behindertenbeirat; Manfred Hartung, Weimarnord; Ute Böhnki, Seniorenbeauftragte WE)

Tagesordnung

1. Begrüßung und Bestätigung der Tagesordnung
2. Protokollkontrolle Januar 2018
3. Gespräch mit Bürgermeister Peter Kleine
4. Sonstiges

zu 1.

Zu Beginn der Beiratssitzung teilte die Vorsitzende, Heike Schrade, mit, dass Ralf Heidrich, stellvertretendes Mitglied im Kommunalen Seniorenbeirat Weimar, vor wenigen Tagen verstorben ist. Die Vorsitzende würdigte Heidrichs Engagement bei den Beiratssitzungen, vornehmlich für seinen Ortsteil Tröbsdorf.

Im Auftrag des Beirates wird Heike Schrade der Familie des Verstorbenen kondolieren.

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

zu 2.

Das Protokoll der Sitzung vom Januar 2018 wurde einstimmig bestätigt.

Frau Schrade bedankte sich erneut für die hohe Qualität der Protokolle und dankte Herrn Oertel ausdrücklich.

zu 3.

Frau Schrade begrüßte den Bürgermeister und stellte vornan die Frage nach dem Stand der Vorbereitung für einen Pflegestützpunkt in der Stadt Weimar. Darauf gab der BM eine umfangreiche Antwort, nachdem er auf zwei Punkte hingewiesen hatte:

- Zunächst steht der Haushalt 2018, nachdem der Stadtratsbeschluss auch von der Landesverwaltung ohne Korrekturen genehmigt wurde, vor der Veröffentlichung.
- Zum anderen, und das steht auch im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Kommunalen Seniorenbeirates, verwies Kleine auf den integrierten Bericht zur Stadtratssitzung vom 09.11.2017 „im Kontext der kommunalen Präventionskette, Darstellung ausgewählter Zielgruppen, Handlungsfelder und Handlungssysteme...“ (s. DS 2017/242/V)

In der o.g. Beschlussvorlage des Stadtrates ist u.a. skizziert, dass ja bereits am 08.07.2015 der Stadtrat beschlossen hatte, dass die Stadtverwaltung eine kommunale Präventionskette auf- und ausbaut. Damit soll ein Antrag auf eine „Projektförderung im Rahmen der Armutspräventionsrichtlinie über die Gewährung von Zuschüssen aus Mitteln des europäischen Sozialfonds und des Freistaates Thüringen für den Zeitraum September 2015 bis August 2018 gestellt und bewilligt... hat...“. Geht es doch dabei u.a. um die nachhaltige Bekämpfung individueller Armut, vornehmlich auf Grundlage einer bedarfsgerechten Planung der Sozial- und Bildungsstruktur.

Peter Kleine gab eine Zunahme der Bedarfs- und Hilfefälle zu bedenken. Demnach sind bereits im Frühen Kindesalter von 0 bis 6 Jahre, dann weiterführend im Schüleralter bis zum 16. Lebensjahr sowie in der Übergangszeit von der Schule zum Beruf Gruppen zu bilden.

Nach Kleines Darstellung ist die Fortsetzung einer solchen Systematik wichtig, eben die Begleitung der Bedarfs- und Hilfefälle auch in den fortgeschrittenen Altersgruppen, die einerseits von gesundheitlichen Beeinträchtigungen, zum anderen von der wechsellvollen Arbeitsmarktsituation für die Weimarer Bürger während der zurückliegenden drei Jahrzehnte ausgelöst wurde, schließlich – vor allem bei alleinstehenden Personen mit Kindern – durch den Wegfall von Anwartschaften auf die Alterssicherung, etwa in den Erziehungszeiten.

- Prävention heißt auch Kräftebindung, vor allem auch durch Vernetzung. Damit thematisierte Peter Kleine schließlich auch das Thema „Kommunaler Pflegestützpunkt für Weimar“.

Wie zugesagt, bereiten die zuständigen Stellen offenbar intensiv den Auf- und Ausbau eines solchen Instrumentariums für die Beratung nicht nur für direkt betroffene Personen und /oder deren Familien vor. Pflege- und Wohnberatung sind demnach zu leisten.

Beabsichtigt ist die Einrichtung von zwei Arbeitsplätzen für einschlägig qualifizierte Mitarbeiter. Möglicherweise können diese bei der Hufeland-Träger-Gesellschaft (HTG) angesiedelt sein.

Zu den Aufgaben gehört

- aufsuchende Beratung
- Zusammenarbeit mit den ansässigen Krankenkassen
- Zusammenwirken mit den bestehenden, auch ehrenamtlichen sozialen Netzwerken in der Stadt Weimar

Im 1. Halbjahr noch soll eine Drucksache erstellt werden. Der Entwurf liegt derzeit bereits bei den Krankenkassen zur Begutachtung mit auf dem Tisch, mit denen eine Zusammenarbeit als erfolversprechend erscheint.

- Notwendige finanzielle Mittel lassen sich möglicherweise aus dem Landesprogramm für solidarische Zusammenarbeit generieren. Dieses soll ab 2019 greifen. Richtlinien gibt es dazu noch nicht. Sollen doch die bereitgestellten Mittel die Kommunen erhalten, die dann ihrer Situation entsprechend darüber sachgebunden entscheiden können.

Derzeit wird deshalb auch in Weimar die Stelle eines Sozialplaners vorbereitet, die zunächst über zwei Jahre vom Freistaat gefördert werden kann.

- Schließlich ging der Bürgermeister noch auf andere Themen ein, die ebenfalls für die Senioren der Stadt relevant sind, so die Ausgestaltung des ÖPNV-Haltestellennetzes.

- Wortmeldungen:

- Peter Heide mutmaßt, dass die Seniorenberatung in Weimar dann weiter zu fassen sei als etwa bei den Jenaern, deren Modell derzeit als Vorbild für Thüringen bemüht wird.

Nach Herrn Kleines Auffassung ist die Einrichtung als Möglichkeit nur eine Seite. Ebenso bedeutsam wäre es, die betroffenen Bürger zu ermutigen, eine solche Beratung auch vertrauensvoll zu nutzen.

Heide wiederholte die Auffassung Kleines, die bestehende professionelle Pflegelandschaft in das Beratungsaufkommen ebenso mit einzubringen wie die Netzwerke der Ehrenamtlichen.

schlussfolgernd wollte Heide dann den Pflegestützpunkt von allen Generationen genutzt wissen.

- Roswitha Bartalis warf aus eigener Erfahrung in die Debatte ein, dass Sorge für eine gute Mundpropaganda getragen werden sollte, dann nutzen die Bürger auch das Beratungsangebot eines solchen Pflegestützpunktes.
- Günther Zimmermann berichtete von seinen Erfahrungen mit der AOK, die sich demnach außerstande sieht, u. a. einen Pflegedienst zu empfehlen oder gar zu vermitteln. So gesehen baut auch Zimmermann auf die Möglichkeiten des Pflegestützpunktes.
- Gerhard Pilz griff sein Anliegen als gleichzeitiges Mitglied des kommunalen Behindertenbeirates auf, als er nun wiederholt auf die – seiner Auffassung nach –oftmals mit geringen Mitteln erreichbare Barrierefreiheit zu den Wahllokalen zu sprechen kam. Als Beispiel führte er die zurückliegende Bundestagswahl mit mehr als 70 Wahllokalen an.

Unter Barrierefreiheit versteht Pilz auch den Einsatz von Gebärdendolmetschern.

Sollte, so Herr Pilz, die entsprechende Ausgestaltung bis zum 15.04.d.J., den Termin der OB-Wahl, nicht mehr möglich sein, so empfiehlt er, dieses Anliegen zumindest bei der weiteren Planung für das Netz der Wahllokale in Weimar zu berücksichtigen.

- Herr Hartung aus Weimar-Nord berichtete vom Ergebnis einer Anfrage, die er bezugnehmend auf das SGB 11 (offensichtlich Paragraph 7) an einige in Thüringen ansässige Krankenkassen gestellt hat. Zwei Kassen antworteten, dass sie keinerlei Beratung geben. Desweiteren wurde auf Hotlines und Internets mit offensichtlich sehr vagen Beratungsmöglichkeiten verwiesen.

Geeignete Pflegekräfte mit entsprechender Qualifikation sind nicht unbedingt in der näheren Umgebung der Pflegebedürftigen erreichbar. Die Pflegedienste unterhalten demnach einen beachtlichen Fuhrpark auch in Weimar. Etwa 50 Prozent, so Hartung, seien mit Fahrzeug „ambulant auf Strecke“.

- Heike Schrade verwies darauf, dass in den Jahren, als sie als Sozialdezernentin in Weimar tätig war, Versorgungsbezirke eingeteilt waren. Doch hat sich das im Laufe der Zeit aufgelöst und ist unter Wettbewerbsaspekt nicht haltbar.
- Dann dürfe auch nicht vergessen werden, dass die Pflegedienste nicht unbedingt hauswirtschaftliche Dienstleistungen in ihr Arbeitsspektrum einbeziehen können.
- Gerhard Pilz unterstrich aus eigener Erfahrung mit seiner Firma den großen Bedarf an hauswirtschaftlichen Dienstleistungen: „Ein Markt ist eigens für Pflegebedürftige reichlich vorhanden.“ Dazu sind jedoch besondere Qualifikationen gefordert, die „mehr als etwa ein 10-Stunden-Programm“ beinhalten. Er wäre dazu bereit, solche Fachkräfte für sein Unternehmen qualifizieren zu lassen. Doch sind wiederum solche Leistungen mit den 125 Euro pro Monat in der Pflegestufe null (integriert Pflegegrad 2) keinesfalls abgedeckt.
- Frau Schrade resümierte zahlreiche Unsicherheiten vor allem für die pflegebedürftigen Personen und deren Angehörige. Daher bat sie den Bürgermeister um eine zeitnahe Darstellung der sich ergebenden neuen Sachstände.

- Herr Elschner verwies am Beispiel eines seiner jüngsten Besuche in der Landesregierung auf das Fehlen von barrierefreien Toiletten, was ebenso für den öffentlichen Raum in Weimar zutrifft.
- In diesem Zusammenhang verwies Frau Böhnki auf Toiletten mit Wickelmöglichkeiten auf Liegen für erwachsene behinderte Menschen. Die Liegen könnten ja aufrecht an die Wand geklappt und bei Bedarf auf den Fußboden gestellt werden. Mindestens eine solche Möglichkeit wäre auch in Weimar sowohl für die Einheimischen bei Stadtbesorgungen mit einschlägig pflegebedürftigen Angehörigen als auch für Gäste der Stadt, also Touristen, notwendig. Bisher erfolgt die Prozedur des Wickelns auf dem blanken Toiletten-Fußboden.
- Heike Schrade bedankte sich bei BM Herrn Kleine und bestärkte ihn, den Pflegestützpunkt so bald wie möglich für Weimar so, wie er es als Möglichkeit beschrieb, durchzusetzen.

zu 4.

- Frau Böhnki teilte mit, dass im IV. Quartal (Oktober/November) eine Schulung zur Betreuung von Demenzkranken stattfinden wird.
- Integriert in die diesjährige Thüringen-Messe Erfurt findet am 26. 02.2018 ein Seniorentag statt. Entsprechend einem Vorschlag von Frau Böhnki wurde beschlossen, dass die Mitglieder des Seniorenbeirates hinfahren können, die Teilnahme und die Fahrtkosten dafür aus den Fördermitteln des Landes bereitgestellt werden. Die Beiratsmitglieder erhalten mit einer Mail eine Einladung mit näheren Informationen dazu.
- Frau Schrade und Frau Böhnki nehmen an der Beratung von Leitern der Weimarer Seniorenheime am 21.02.2018 teil. Ein Tagesordnungspunkt beinhaltet die Teilnahme möglichst aller wahlberechtigter Personen an der Oberbürgermeisterwahl, ebenso die Möglichkeit zur Briefwahl bzw. der Umgang damit.
- Die nächste Beiratssitzung findet statt am Mittwoch, 07.03.2018, 14.30 Uhr im Bürgerzentrum Ehringsdorf „Zur Linde“.

fdR. Ulrich Oertel